

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 51, 30. Januar 2012

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der sowjetischen Armee befreit. Der Bundestag hielt anlässlich des 67. Jahrestag eine Gedenkstunde und lud den Überlebenden des Warschauer Ghetto und Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki dazu ein. Er schilderte in seiner Rede, was am 22. Juli 1942 im Warschauer Ghetto passierte. An diesem Tag wurde die „Umsiedlung“ der Warschauer Juden aus dem Ghetto beschlossen. Es war der Tag, an dem so Reich-Ranicki „über die größte jüdische Stadt Europas das Urteil gefällt worden war – das Todesurteil“. Marcel Reich-Ranicki erinnerte daran, dass die, in den Worten der Nazis, „Umsiedlung“ in Wahrheit keine „Umsiedlung“ war, sondern eine Aussiedlung. Er schloss mit den Worten: „Sie hatte nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck: den Tod.“



Dr. Marcel Reich-Ranicki bei seiner Gedenkrede im deutschen Bundestag

Dabei ist die Gedenkfeier nicht nur eine Erinnerung an diejenigen, die von den Nationalsozialisten verfolgt und umgebracht wurden (darunter auch Sozialdemokraten), sondern auch eine Mahnung daran, dass rassistisches und antisemitisches Gedankengut noch längst nicht aus der Welt verschwunden sind. Gerade der im letzten November aufgedeckte Naziterror zeigt nicht nur, dass Nazis immer noch eine Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen, sondern dass es auch jahrelang Versagen und Verharmlosung sowohl bei den Ermittlungsbehörden als auch bei der Politik gab. (unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37432080_kw04_gedenkstunde/rede_ranicki.html ist die gesamte Rede nachzulesen)

Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels FDP-Veternwirtschaft im Ministerium

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch, 25. Januar 2012, die umstrittene Personalpolitik von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) thematisiert. Seit Monaten ist der FDP-Minister damit beschäftigt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) zu vergrößern und die Abteilungen und Referate zu vermehren, um FDP-Mitglieder mit Posten zu versorgen. „Das Maß ist voll. Wir lassen nicht zu, dass das Ministerium zu einem Versorgungswerk für die FDP verkommt“, sagte Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Besonders fragwürdig ist die Einstellung der ehemaligen FDP-Oberbürgermeisterin von Ettlingen, Gabriele Büssemaker. Sie hatte bereits in einem Interview im Oktober 2011 gesagt, sie hätte eine Jobzusage. Karin Roth verlangte – angesichts der öffentlichen Bedeutung der Funktion – vor ihr eine klare Aussage, dass es sich dabei nicht um diese BMZ-Stelle handelte. Nach einem 60.000 Euro teuren Bewerbungsverfahren wurde nämlich eben jene Gabriele Büssemaker als neue Leiterin der Servicestelle „Engagement Global“ präsentiert. Sogar die Union mokiert sich an Niebels Personalpolitik. So schrieb die Entwicklungspolitische Sprecherin der CDU, Sibylle Pfeiffer, bereits einen Brief an Merkel mit der Aufforderung, der skandalösen Personalpolitik endlich Einhalt zu gebieten. Auch der Personalrat des Bundesentwicklungsministerium hat sich beklagt und die berechtigte Frage aufgeworfen, ob die neu geschaffene Abteilung „Planung und Kommunikation“ nicht nur als FDP-Wahlkampfzentrale für die Bundestagswahl 2013 dienen soll? „Wir lassen nicht zu, dass Sie [Niebel] mit Steuergeldern, die für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen, eine Wahlkampfzentrale aufbauen“, sagte Sascha Raabe. Er hat zudem wegen des Verdachts der Untreue Anzeige gegen Niebel erstattet.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

Karin Roth: „LKW-Sperrung für den Schurwald kommt.“

SPD-Politikerin begrüßt Entwurf für Verkehrslenkungskonzept.

„Der Schwerlastverkehr über den Schurwald wird deutlich zurückgehen. Für alle LKW über 12 Tonnen gilt schon bald absolutes Durchfahrtsverbot“, erklärt Karin Roth. Damit hat der grüne Landesminister Herrmann und seine Staatssekretärin Splett die Forderung von Karin Roth weitgehend umgesetzt. Die SPD-Politikerin hatte sich mehrfach schriftlich dafür eingesetzt, dass die jetzige Verkehrsbelastung und die damit verbundenen Gefährdungen für die Anwohnerinnen und Anwohner unzumutbar seien. Karin Roth: „Ich freue mich, dass meine Anregungen in dem neuen LKW-Lenkungskonzept berücksichtigt werden. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung und bedeutet einen deutlichen Rückgang der Schadstoffbelastungen und der Verkehrsgefährdungen und ist somit ein wichtiger Beitrag für mehr Lebens- und Wohnqualität auf dem Schurwald.“

Der Entwurf des neuen LKW-Lenkungskonzept sieht vor, dass die L 1151 von Lichtenwald, über Hegenlohe bis nach Reichenbach, die K 1208 von Reichenbach über Baltmannsweiler sowie die durch Baltmannsweiler führende L 1150 künftig für durchfahrende LKW ab 12 Tonnen gesperrt wird. Gleiches gilt auch für die L 1201 von Plochingen bis Kernen. Durch diese Sperrungen kann der Schwerlastverkehr auf diesen Strecken um bis zu 40 Prozent reduziert werden, indem er auf die gut ausgebauten Bundesstraßen umgeleitet wird. Karin Roth hatte in ihrer Zeit als Parlamentarischen Staatssekretärin durch den Ausbau der breiteren Bundesstraßen bereits die Voraussetzungen für einen sichereren, lärmarmen und emissionsgeminderten Verkehrsfluss geschaffen. Diese Investitionen waren mit der Erwartung verbunden, dass im Land Baden-Württemberg die weniger ausgebaute Landesstraßen von den LKW-Verkehren entlastet werden. Daran musste der Verkehrsminister Herrmann jetzt erinnert werden.

Frauenrechte weltweit stärken.

Karin Roth trifft die Direktorin der UN-Frauenorganisation und ehemalige chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet.

Karin Roth hat im Rahmen der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der die SPD-Politikerin angehört, die Direktorin der UN-Frauenorganisation UN-WOMEN und ehemalige chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet zu einem politischen Meinungsaustausch in Straßburg getroffen. UN Women ist die Einheit der Vereinten Nationen, die sich weltweit für die Gleichberechtigung der Geschlechter und für die Stärkung der Rechte der Frau einsetzt. Karin Roth und Michelle Bachelet erörterten die aktuellen Herausforderung zur Stärkung der Frauenrechte weltweit.

Die Politikerinnen begrüßten den Beschluss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, mit dem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Frauenrechte weltweit zu fördern und die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

Karin Roth: „Die Durchsetzung von Frauenrechten ist leider bis heute keine Selbstverständlichkeit. Dafür müssen wir auch weiterhin auf allen politischen Ebenen tagtäglich kämpfen. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, die Entscheidung der Stadt Esslingen, auch weiterhin die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten zu besetzen.“

Zum Hintergrund: Frauen sind in unverhältnismäßig hohem Maße von Gewalt betroffen. Ein Drittel aller Frauen werden im Laufe ihres Lebens geschlagen, zu sexuellen Handlungen gezwungen oder missbraucht. Etwa 600 Millionen Frauen und Mädchen leben in Ländern, in denen es keinen speziellen gesetzlichen Schutz vor häuslicher Gewalt gibt. Über ein Zehntel aller Frauen mussten sexuelle Gewalt unter Anwendung von Zwang erleiden, die sich häufig im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten ereignete, und 80 % der Opfer von Menschenhandel sind stets Frauen und Kinder.



Michelle Bachelet (l. im Bild) und Karin Roth (r. im Bild) bei ihrem Treffen in Straßburg